

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Dreihundertfünfte Sitzung vom 20. Februar.

(Schluß.)

Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Fischereivordnung für den Regierungsbezirk Straßburg vom 30. August 1865 wird hierauf in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung einhellig angenommen.

Justizminister Dr. Leonhardt (der inzwischen eingetreten ist): Herr Präsident, ich bitte um die Erlaubnis, ein paar Gesetzentwürfe vorzulegen. (Weiterkeit.) 1) einen Gesetzentwurf wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen im Bezirke des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M.

Der Gesetzentwurf soll durch Schlußberatung erledigt werden und der Präsident ernannt zum Referenten den Abg. Kugler; 2) einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Civilprozeßverfahrens im Geltungsbereich der Verordnung vom 24. Juni 1867. Diese Prozeßnovelle hat den Zweck, den Prozeßgang in den Gebieten der Appellationsgerichte Wiesbaden, Kassel und Kiel in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Prozeßrecht der alten Provinzen. — Auch über diese Vorlage wird Schlußberatung beliebt; der Präsident behält sich die Ernennung des Referenten vor.

Ohne Diskussion wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von Talons zu den preussischen Staatsschuldschreibungen angenommen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf einer Gemeinheitsheilungs-Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf. Die Agrar-Kommission beantragte die Annahme des Gesetzentwurfes mit einer zu S. 15 vorgeschlagenen Aenderung. Der Gesetzentwurf wird nach unerheblicher Diskussion mit einem Amendement der Abgeordneten Knapp und Mohr zu S. 22, im Uebrigen nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Es folgen Petitionsberichte. Die Petitions-Kommission berichtet über eine Petition des Magistrats zu Greifswald, der sich darüber beschwert, daß der Handelsminister gegen die Bestimmungen der Baupolizei-Ordnung vom 8. November 1859 dem Königl. adelichen Baumeister Müller zu Greifswald einen Baupolizeibefehl zu einem Präparieraal „ausnahmsweise“ erteilt und durch seine desfallsige Ministerialbefehlsanweisung für den einzelnen Fall das in Geltung befindliche Gesetz unrichtiger Weise außer Kraft gesetzt habe. — Die Kommission empfiehlt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Abhilfe. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion angenommen.

Eine längere Diskussion erhebt sich über eine Petition der Kirchengemeinde-Präsidenten Schüren, Bergshausen und Agerbeck, welche an das Abgeordnetenhaus die Bitte richtet, Veranlassung dahin zu treffen, daß der projektirte Verkauf von Eichen in der neuen Kirche zu Agerbeck unterbleibe. Die Kommission empfiehlt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung. Von der rechten Seite wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Die Abstimmung über diesen Antrag ist zweifelhaft, die Zählung ergibt die Ablehnung desselben mit 144 gegen 136 Stimmen. Abg. v. Eymern, der die einfache Tagesordnung sehr eingehend befürwortet, beantragt namentliche Abstimmung. Das Resultat dieser Abstimmung ist die abermalige Ablehnung der Tagesordnung mit 147 gegen 138 Stimmen. Der Kommissions-Antrag wird darauf angenommen.

Das Haus beschließt sich zu vertagen. Der Präsident zeigt den heut erfolgten Tod des Bureau-Direktors des Hauses, Geh. Reg.-Rath Bleich im 70. Lebensjahre an, der seit 1847 ununterbrochen Bureau-Direktor des vereinigten Budgets, der Nationalversammlung, der zweiten Kammer und des Abgeordnetenhauses war. Das Haus erhebt sich zum Andenken des Verstorbenen.

Schluß der Sitzung gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Allgemeine Rechnung von 1865 und Eisenbahn-Vorlagen zc.

Deutschland.

□ Berlin, 21. Februar. In Wiener Blättern ist die Nachricht enthalten, daß König Georg von Rumänien Wiens eine große Freude bereitet habe, indem er dem dortigen Museum eine Anzahl kirchlicher Alterthümer aus dem Welfenschatze zur zeitweiligen Ausstellung überlassen habe. Hingugefügt wird, daß die betreffenden Alterthümer aus dem Dom in Braunschwelg und aus der Michaeliskirche in Lüneburg herrührten. Es entsteht hierbei die Frage, ob Gegenstände, die Kirchen angehört haben, wenn sie auch in das Welfenmuseum aufgenommen worden sind, in Privatbesitz übergehen können und als solche in Wien zur Ausstellung gelangen können. Wenn dieselben auch in das Museum zeitweilig aufgenommen worden sind, müssen sie doch den Kirchen zurückgegeben werden, denen sie entnommen sind. —

Das Staatsministerium hat heute unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck eine Sitzung abgehalten, die, wie wir hören, in Bezug zu der Frankfurter Negeßangelegenheit gestanden hat. — Die Besprechungen mit den Vertrauensmännern aus dem Abgeordnetenhaus über die neue Kreisordnung haben gestern Abend von halb 8 bis 11 Uhr, also über 3 Stunden gedauert. Es haben vorerst nur allgemeine Erörterungen des Gegenstandes stattgefunden. — Die Wahl des Herrn v. Elsner in dem Kreis Hainau-Goldberger Wahlkreis (Schlesien) hat im liberalen Lager einiges Mißbehagen erregt. Bis jetzt hat dieser Wahlkreis immer liberale Abgeordnete, zuletzt bekanntlich den Abg. Pfmann gewählt. Der Umschlag in der öffentlichen Meinung vollzieht sich immer mehr zu Ungunsten der Oppositionspartei. — Die Frage der Konfessionalität der Schulen wird nächstens im Abgeordnetenhaus zur Berathung kommen. Es ist in Bezug hierauf zu konstatiren, daß die Stimmung der Bevölkerung in dieser Hinsicht nicht im Einklang mit dem Gebahren der liberalen Parteiführer steht. Die Stimmung der Bevölkerung hat sich so unzweifelhaft für die Aufrechterhaltung der konfessionellen und religiösen Grundlagen in den Schulen ausgesprochen, daß der Regierung der Kampf und Sieg auf diesem Gebiete sehr leicht werden wird. Wenn die Frage durch eine Volksabstimmung erledigt werden sollte, würde die liberale Partei sich in einer verschwindenden Minorität befinden. — Ein Gegenstand, welchen die Ständepresse besonders ausgebeutet hat, um damit indirekt gegen alles Religiöse anzukämpfen, ist auch die Angelegenheit des Pfarrers Quistorp zu Duckerow. Es ist u. A. behauptet worden, daß diesem Geistlichen für seine mangelhaften Unternehmungen eine Unterstützung aus dem Emeritenfond in Pommern gewährt worden sei, und speziell angeführt, daß ihm das Konfistorium in Stettin 4000 Tlrl. jährl. überlassen habe. Von amtlicher Seite wird jetzt erklärt, daß diese Nachricht erfunden ist und daß Pastor Quistorp vom Konfistorium in Stettin ein Darlehen nicht erhalten habe, weder jährl. noch gegen Zinsen. Diese Angelegenheit ist von der Oppositionspresse bekanntlich in aller Breite und Gründlichkeit behandelt und die Wahrheit der angeführten Thatsachen von ihr natürlich wie gewöhnlich mit aller Bestimmtheit behauptet worden. Es liegt demnach wieder ein neuer Beweis dafür vor, wie verlogen ein großer Theil der liberalen Presse ist und mit welcher Vorsicht das Publikum den größten Theil der von dieser Seite kommenden Nachrichten aufnehmen hat. — Der Geh. Rath Bleich, Chef des Büreaus des Abgeordnetenhauses ist heute an einem Schlaganfall gestorben. Herr Bleich war ein sehr thätiger Beamter und hat dem genannten Bureau seit Beginn des parlamentarischen Lebens in Preußen vorzustanden. — Als Kommissarius der norddeutschen Postverwaltung für die Verhandlungen wegen Abschluß eines Postvertrags mit Rom ist der Geh. Oberpostath Stephan ernannt, der heut seine Reise antreten und sich zunächst nach Florenz begeben wird, wo er noch Besprechungen wegen Ausführung des zwischen Norddeutschland und Italien abgeschlossenen Postvertrags zu führen hat. Von dort begibt sich derselbe nach Rom. — Die diesjährige Session des Landes-Deconomie-Kollegiums wird am 8. März eröffnet werden. Am 3. März wird die Kommission, welcher die landwirtschaftlichen Kreditfrage zur Vorberathung übergeben ist, zusammentreten und noch vor der Eröffnung des Landes-Deconomie-Kollegiums ihre Arbeiten beendigen, um das Resultat derselben diesem vorlegen zu können. Außer diesem wichtigen Gegenstande wird die Tagesordnung das Kollegium noch einige andere Vorlagen bringen, unter diesen über den Werth der Schafpocken-Impfung, über die Traber-Krankheit der Schafe zc. Auch wird das Kollegium in seiner jetzigen Session Beschluß zu fassen haben, welcher von den vielen Schritten, die in Folge des Preis-Ausschreibens des Kuratoriums der Koppe-Stiftung eingegangen sind, der Preis zuerkannt ist. — Der Ausschuß des Kongresses norddeutscher Landwirthe hat die Kommission ernannt, welcher die Berathung obliegt, wie eine Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen herbeizuführen ist. Sie besteht aus 5 Mitgliedern, dem Antragsteller, Gutbesitzer v. Weßell aus Pommern, welcher den Vorsitz zu führen hat, dem Vorsitzenden des sächsischen Kulturathes Seiler, dem Gutbesitzer Flüge aus Pommern, dem Generalsekretär Bartelsmann aus Bromberg und dem Stadtgerichtsrath Willmanns. Letzterer hat das Referat und Herr Bartelsmann das Korreferat übernommen.

Berlin, 21. Februar. Se. Maj. der König nahm am Freitag vor der Rückkehr von Potsdam nach Berlin mit den Königl. Prinzen bei dem Offizier-Korps des 1. Garde-Regiments zu Fuß das Aueener ein, und Abends erschienen der König und die Königin in der Soirée, die zur Feier des Geburtstages der Frau Prinzessin Anton Radziwill in der fürstlichen Familie stattfand. Der König empfing gestern zu Vorträgen die Hofmarschälle Grafen Pücker und Perponcher, die Chefs des Civil- und Militär-Kabinetts v. Mähler und von

Tressow, den Geh. Hofrath Bock, ertheilte Nachmittags dem Herrn v. Jedlib Audienz, der seinen Dank für die Ernennung zum Ceremonienmeister darbrachte, und hatte nach einer Unterredung mit dem Ober-Präsidenten von Pommern, v. Münchhausen, eine Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr hörte der Hof im Wissenschaftlichen Verein in der Sing-Akademie den Vortrag des Stadtschulrathes Gürbringer über „das Berliner Gemeinde-Schulwesen.“

Der Pommernverein beging am Freitag Abend in der „Urania“ sein erstes Stiftungsfest, welches von mehr als 250 Mitgliedern und Gästen besucht war und in allen seinen Theilen einen recht heiteren und befriedigenden Verlauf nahm. Der noch junge Verein wurde vor einem Jahre von mehreren Pommern gegründet, die jetzt hier in Berlin leben und ihren Landsleuten einen Mittelpunkt zur Vereinigung, zur Besprechung über die Interessen der Provinz und zum Anschluß an einander, nicht minder aber auch zur Unterstützung bedürftiger Landsleute bieten wollte. Seit jener kurzen Zeit hat der Verein schon einen recht hübschen Aufschwung genommen, er zählt gegenwärtig über 300 Mitglieder und bietet denselben neben mancher Zerstreuung allmonatlich eine kleine musikalische Aufführung und an einem Abend unterhaltende und belehrende Vorträge. — Zum Feste war der Saal der Urania festlich decorirt, neben den Landesfarben und dem Berliner Bären prangten die pommerschen Farben und der pommersche Greif, auch war eine große Wandkarte der Provinz aufgehängt. Das Fest begann mit einem Abendessen, welches durch eine Reihe von Toasten gewürzt wurde. Der erste, vom Vorsitzenden Ranzleith Kleemann, ausgebracht, galt dem Könige, der zweite dem Kronprinzen als Statthalter von Pommern; es folgten dann noch Toaste auf die heimathliche Provinz, auf den Verein, auf die Damen und den Vorstand, an welchen jeden ein passendes, von der ganzen Gesellschaft gelungenes Lied sich schloß. In dem einen dieser Lieder, welches die Ueberschrift „Der Pommern“ trägt, finden sich folgende charakteristische Strophen, die vielleicht einigen Anspruch auf Wahrheit erheben dürften:

Es steht am Dörfelrande
Ein flaches Land sich hin,
Geöffnet weit den Winden,
Darin ist ein Volk zu finden
Von altem biederem Sinn.
Es wächst vom Sturm umtozt
Der Baum noch mal so stark;
Der Pommern ist nicht schwächlich,
Ein Mannsbild stolz und prächtig,
Hat in den Knochen Mark.
Kein Feind von Komplimenten,
Sagt stets er, was er denkt;
Doch unter rauhen Rinden
Da ist ein Herz zu finden,
Das keinen Menschen fränkt.

Außerdem trug der Vorsitzende noch ein von ihm verfaßtes launiges Gedicht in plattdeutscher Sprache vor, in welchem der Verein für „majorenn“ erklärt wurde, und ein Vereinsmitglied las in trefflicher Weise ein Reuter'sches Gedicht. — Nach Beendigung des Mahles begann der Tanz, welcher die frohbewegte Gesellschaft bis gegen den Morgen hin beisammen hielt.

Elberfeld, 20. Februar. Die „Elberfelder Zeitung“ schreibt: In der heutigen General-Versammlung der Aktionäre der bergisch-märkischen Eisenbahn wurde beschlossen, eine Verbindungsbahn zwischen der Ruhr-Sieg- und der Main-Weßerbahn, sowie eine Bahn im Volkmethal zu bauen. Ferner stimmte die Generalversammlung den Anträgen der Gesellschaftsvorstände zu, betreffend die anderweitige Verrechnung der dem Staate zu erstattenden Zinsen-Zuschüsse.

Hannover, 17. Februar. Die Harburger Verhaftungsnachricht wird von der dortigen Polizei-Direktion mit den Worten berichtet, „es habe weder ein Kaufmann aus Stade, noch aus irgend einem anderen Orte in Harburg oder in der Umgegend in der besprochenen Angelegenheit agirt, viel weniger sei ein solcher verhaftet.“ Die „Hannoversche Ztg.“, von der die berichtete Meldung ausging, fügt hinzu, ihr Herr Korrespondent scheine hiernach in diesem Falle aus einer unzuverlässigen Quelle geschöpft zu haben. Dagegen soll die früher erwähnte Entweichung zahlreicher junger Leute aus Giffhorn den Verdacht bestätigen haben, daß in jener Gegend für die sogenannte welfische Legion geworben werde. Nach der „Zukunft“ wurde ein Handwerker aus Meine und ein Kaufmann und ein Handwerker aus Giffhorn in den letzten Tagen verhaftet, um zur Aburtheilung vor dem Staatsgerichtshof nach Berlin geführt zu werden. Von Rückfälligen in Frankfurt, da eben die Rede davon ist, bringt heute die „Volk-Ztg.“ wieder ein Schreiben aus Laval (Mayenne), dessen zwölf Unterzeichner zugeben, daß einzelne die Gemeinshaft verlassen, aber nur solche, „die dazu wegen ihres Verhaltens genöthigt wurden.“ Die Leute fügen ihre Angehörigen in der Heimath die Ver Sicherung hinzu, daß sie mit ihrer Lage zufrieden seien und ausbarren wollen in alter Erue. (Ausharren? Worin? In faulem Müßiggang.)

Hamburg, 19. Februar. Der Preßprozeß gegen den Verleger und Eigenthümer der „Montags-Nachrichten“ (ein Blatt, welches außerhalb Hamburg wohl kaum bekannt ist), D. F. Reimann, und den Mitarbeiter W. Marr kommt am Freitag nächster Woche zur Verhandlung. Es handelt sich um nichts weniger als 23 Artikel gegen Reimann und eine Reihe von Aufsätzen von W. Marr. Es kommen in den Anlagepunkten die verschiedenen Vergehen zur Erörterung, nicht allein die Schmähung der Behörden, sondern auch der Religion und anerkannter Glaubensbekenntnisse.

In der vorgestrigen Bürgerchaftssitzung wurde der Antrag von Dr. Knauth, Dr. Albrecht und Dr. Wolffson auf Aufhebung des Instituts der Altenversicherung vom Ober-Appellationsgerichte an deutsche Juristen-Fakultäten nach längerer Debatte mit 68 gegen 58 Stimmen genehmigt.

Aus Thüringen, 15. Februar. Da die jetzigen Aussichten auf den Fortbestand des Friedens wohl allgemein sehr günstig sind, so erwartet man hier, daß im Monat April, wenn die am 1. Januar eingestellten Rekruten der Infanterie erst vollkommen ausgebildet sein werden, wieder eine große Beurlaubung bei letzterer Waffengattung aus der im Herbst 1866 eingestellten Altersklasse eintreten wird. Wie man vernimmt, soll diese Beurlaubung 25—30 Mann per Kompagnie betragen, doch dürfte ein Theil der beurlaubten Soldaten im Monat September noch wieder auf einige Wochen einberufen werden, um dann die Herbstmanöver mitzumachen. Der Zudrang der wohlhabenden Bauernsöhne aus den thüringischen Staaten zu den preussischen Kavallerie-Regimentern in der Nähe ist so groß, daß diese gar keine Freiwilligen mit dreijähriger Dienstzeit mehr aufnehmen wollen.

Deßau, 19. Februar. Eine gegen drei Versicherungsgesellschaften auf Auszahlung von 38,000 Thaler-Versicherungssumme nach eingetretener Todesfall angestrenzte Klage macht hier gegenwärtig viel von sich reden. Vor etwa 2 Jahren verunglückte nämlich auf dem Bahnhof zu Roslau ein Berliner Kaufmann, indem eine Lokomotive über ihn wegfuhr und den Kopf vom Rumpfe trennte. Der traurige Vorgang hat nun den Versicherungsgesellschaften Veranlassung gegeben, die 38,000 Tlrl. unter dem Vorgeben zu verweigern, daß hier ein Selbstmord vorliege. Nachdem in Folge dessen der Prozeß gegen diese Institute angestrengt worden ist, hat gestern eine eben so seltene als interessante Beweisaufnahme auf dem Bahnhof zu Roslau, in Gegenwart von Richtern sowohl als den streitenden Parteien stattgefunden. Es wurde konstatiert, daß eine Lokomotive genau die angegebene Stelle und eine dorthin gelegte Strohpyramide überfahren hat. Es sollte damit verjüngt werden, ob nach Lage des damals vorgefundenen Körpers ein Selbstmord oder ein Verunglücken des Getödteten im vorliegenden Falle das Mögliche oder Wahrscheinlichere gewesen — gewiß eine sehr schwierige Aufgabe der Untersuchung. Wir hören, daß die Beweisaufnahme sich für die letztere Alternative entschieden hat. — Aus Verburg wird ein erschütternder Unglücksfall berichtet. Zwei Arbeiter waren vor einigen Tagen bemüht, einen ihrem Dienstherrn gehörigen kleinen Fahrstuhl des hochgeschwollenen Saalstromes wegen vor den anstürmenden Bogen zu bergen. Die Arbeiter bereiteten sich ein Tau, befestigten dasselbe an einem Baume, stiegen sodann in das Fahrzeug und suchten dasselbe an dem Tau aus den Fluthen zu ziehen. Das Tau zerriß jedoch plötzlich, worauf die beiden Insassen des Fahrzeuges dem nahen Mühlendamme getrieben wurden und in den reisenden Fluthen ihren Tod fanden. Obwohl einer der Unglücklichen noch mehrere Minuten auf der Oberfläche nach Hülfe rang, konnte ihm diese des furchtbaren Sturmes wegen leider nicht zu Theil werden; der Unglückliche mußte vor den Augen der am Ufer befindlichen Menschen ertrinken. Beide Verunglückte sind Familienväter.

Karlsruhe, 21. Februar. Ueber den Zustand des Großherzogs veröffentlicht die „Karlsruher Zeitung“ ein ferneres Bulletin, nach welchem eine unüberlebbare Besserung eingetreten ist und die Schwerehaftigkeit der leidenden Theile sowie das Fieber sich erheblich vermindert haben.

Ausland.

Wien, 18. Februar. Die „Neue fr. Presse“ drängt auf Ernennung eines Präsidenten für das albanische Ministerium. Sie schreibt: „Der Minister, der durch zufällige Umstände formell heute die Präsidentschaft in Stellvertretung inne hat, empfindet selber, daß ihm die Anerkennung für die Führerschaft allseitig vorzuenthalten wird. Es wäre das größte politische Verdienst, das er sich auf seiner parlamentarischen Laufbahn erwerben könnte, durch Ablehnung der Fortdauer des über Gebühr langen Provisoriums das Kollegium zur Wahl eines Präsidenten zu zwingen. Und dieses Kollegium, wenn ihm keine neue Persönlichkeit für den besondern Zweck zu Gebote steht, wird endlich in seiner Mitte den Mann finden müssen. Magt die Regierungspartei so oft über den Mangel an Disziplin unter

Stettin, den 22. Februar 1869.

Bekanntmachung,
betreffend die Sperrung der Baumbrücke
beim Pfahlschiffbau der Baumbrücke vom 23. d. M. ab
bis Weiteres für den Wagenverkehr gesperrt.
Königliche Polizei-Direktion.
v. Warnestedt.